

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF

Unbedingt wählen!

In Mörfelden-Walldorf wählt man am besten DKP/Linke Liste

Steigende Kosten insbesondere für Wohnen und Gesundheit. Sozialabbau auf allen Ebenen, Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Unzureichende Rente im Alter - alles das trifft viele Menschen. Und das in einem der reichsten Länder dieser Welt.

Dazu hat die Corona-Krise viele arbeitslos gemacht oder auf Kurzarbeit gesetzt - aber die Industrie sackt Milliarden-Hilfen ein.

Die Reichen werden reicher, und die Armen werden mehr.

Wir meinen: Solidarität und eigenes Handeln sind erforderlich, um die Welt gerechter und friedlicher zu machen. Und am eigenen Ort muss man damit anfangen.

Esgab in Mörfelden-Walldorf in den letzten Jahren einige Bürgerbewegungen (gegen Grundsteuererhöhung, gegen Straßenanliegergebühren, gegen die Bebauung des Seegebietes und von Walldorf-Südost, für gute öffentliche Büchereien in beiden Stadtteilen, für die Öffnung des Schwimmbades, gegen den Bau einer Luxuskläranlage).

Wir unterstützen diese Gegenwehr aus der Einwohnerschaft.

Kommunisten, Sozialisten, und andere Menschen, deren Herz links schlägt, setzen sich für eine Stadt ein, in der die Einwohner das Sagen haben und nicht Fraport und andere Großunternehmen. Die Stadt gehört ihren Einwohnern.

Es ist wichtig, eine Opposition zu wählen, die die Bürgerinnen und Bürger informiert und unterstützt.



Früher hieß es: „Wenn über'm Ort die Sonne lacht - das hat die SPD gemacht“.

Heute ist das anders. Die SPD hat in der Dreier-Koalition, die seit 2016 am Ruder ist, offenbar kaum noch etwas zu sagen. Wortführer dieser Koalition sind längst die Freien Wähler und ihr Frontmann Burkhard Ziegler. Sogar das Lieblingsthema der SPD, den „genehmigungsfähigen Haushalt“, haben sie ihr abgenommen.

Nun wurde in der ganzen Stadt ein Flugblatt der Freien Wähler verteilt, das ihre Leistungen in der zu Ende gehenden Wahlzeit herausstreichen soll. Aber schon der erste Absatz ihres Flugblattes steckt voller Unwahrheiten.

Die Freien Wähler schreiben, sie hätten ihr „Ziel Anfang 2020 erreicht, den Rettungsschirm zu verlassen“, und es sei ihnen gelungen, mit einer „soliden Haushaltspolitik Mörfelden-Walldorf aus dem Rettungsschirm zu führen“. Das ist unwahr.

Auch von „Zurückgewinnen des verlorenen Gestaltungsspielraums“ kann keine Rede sein. Der wird seit Jahren immer kleiner, und zwar in allen Städten und Gemeinden, unabhängig davon, welche Partei gerade „am Ruder“ ist. Schuld daran ist die Politik von Bund und Ländern, die den Städten und Gemeinden immer mehr Lasten aufbürdet und immer weniger Geld zur Verfügung stellt. Und die Corona-Krise hat das Gegenteil von dem bewirkt, was hier so großspurig behauptet wird: Durch Kurzarbeit und Insolvenzen sinken die Gewerbesteuer-Einnahmen dramatisch, und

Fortsetzung nächste Seite

**Linke
Opposition
bleibt
notwendig!**

...die mit dem
„blickpunkt“

DKP 
LINKE LISTE

es entstehen neue Millionen-Löcher in den Haushalten.

Und diese Krise war es auch – nicht die Erfüllungspolitik der FW – die die Landesregierung dazu bewogen hat, den „Schutzschirm zuzuklappen“. In einem Schreiben des hessischen Finanzministers Michael Boddenberg vom 27. August 2020 heißt es: „Mit der Corona-Krise ist es aber sinnvoll, den Schutzschirm zu schließen und die Kommunen damit von zusätzlichem bürokratischen Aufwand zu entlasten. Deshalb gelten nun die einzelnen Konsolidierungsverträge, die im Rahmen des Entschuldungsprogramms mit den Kommunen geschlossen wurden,

mit Wirkung zum 31. Dezember 2019, als erfüllt. Die Kommunen, die noch unter dem Schutzschirm standen, dürfen sich nun als ehemalige Schutzschirmkommunen bezeichnen.“ Und zwar unabhängig davon, ob sie die „vereinbarten Konsolidierungsziele“ erreicht haben oder nicht.

Tatsache ist, dass Stadtkämmerer Burkhard Ziegler „vorausseilenden Gehorsam“ gezeigt hat. Er hat sich redlich bemüht, die „Empfehlungen“ des (von einer Grünen geführten) Regierungspräsidiums umzusetzen. Diese bestehen im Wesentlichen aus einer „Liste der Grausamkeiten“, wie

das regierungsintern genannt wird, d.h., Streichung oder Kürzung von Leistungen der Gemeinde und / oder Erhöhung aller möglichen Gebühren. Es bleibt bei einer ganz einfachen Wahrheit: Die Städte und Gemeinden sind erheblich unterfinanziert. Der Staat hat unsere Steuern kassiert und verteilt sie so, dass bei den Städten und Gemeinden wenig ankommt. Das geben auch die Freien Wähler zu. Es gibt nun zwei Möglichkeiten: Man kann das Geld beim Staat einfordern, oder bei den Einwohnern. Letzteres ist einfacher. Der Staat sitzt am längeren Hebel, die Einwohner nicht. Oder vielleicht doch?



Einen Denkkzettel für die Ziegler & Co.

... das geht am 14. März 2021

Bei der Kommunalwahl im März 2016 wollten viele Bürgerinnen und Bürger schon Veränderungen. Sie wollten keine Partei wählen, sie wählten eine Gruppe, die von einer Werbeagentur große Plakate bekam und die sich „unabhängig“ nannte. Die SPD, damals noch knapp stärker als die „Neuen und Freien“, machte mit ihnen und

der hiesigen Kleinpartei FDP eine Koalition, in der sie mehr oder weniger „unterging“.

Trotz Corona kommt nun der Kommunalwahlkampf in Fahrt.

In den Zeitungen erste Berichte, Hochglanzprospekte werden verteilt. Sie wären unabhängig, sagen die Freien Wähler. Im März 2016 bekamen sie dafür 22,8% der abgegebenen Stimmen. Sie waren damals schon ziemlich hochnäsiger: „Aus unserer Sicht ist es einfach unglaublich, wie man eine Gemeinde mit derart guten Bedingungen an die Wand fahren kann. Wir, die Freien Wähler, werden diesem Wahnsinn ein Ende bereiten!“

Ihr Spitzenmann Burkhard Ziegler vor der Wahl: „Die Stelle des Ersten Stadtrats ist ersatzlos zu streichen!“ Nach der Wahl: „Ich bin bereit, den Posten des Ersten Stadtrats zu übernehmen!“ Das will er jetzt wieder. Er sitzt an der „Futterkrippe“ und will halt bleiben. Man könnte abwinken und sagen: Bei einer Lotterie und vor Wahlen versprechen viele den Hauptgewinn, ob Nieten gezogen wurden, stellt sich meist später heraus.

Die erste Großinitiative der Freien

Wähler nach der Wahl: „Die Flughafen-Banner müssen weg!“ Unterstützt wurden sie damals von SPD, CDU, FDP. Gedacht war, man hängt alle Schilder ab, dann kommt das große Geld und die Aufträge vom Flughafen.

Wer sich an den Werbeagentur-Aufwand erinnert, den sich die FW-Leute „leisteten“ und sieht, was daraus geworden ist, kann sich nur wundern. Einen Bänker im Amt, das er eigentlich abschaffen wollte, die üblichen Steuer- und Gebührenerhöhungen, unbeantwortete Fragen beim Kläranlagenumbau, Zubauen von Freiflächen, alles wie bei den anderen.

Die Freien Wähler sind eine bürgerliche Gruppe mit Leuten, wie wir sie auch bei FDP, CDU und SPD finden. Die „kleinen Leute“ haben nichts von ihnen zu erwarten.

Wie weiter? Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich in den vergangenen Monaten erneut über diese Stadtkoalition geärgert.

Gründe: Man überlegte im Rathaus, die Seegewann zu bebauen. Man hat dort vergessen, dass eine Stadt mit Zukunft auch Frischluftschneisen braucht. Man bastelt an Plänen um zwischen Mörfelden und Walldorf Wohnblöcke zu errichten. Es gab großen Ärger um die geplanten Standorte für die Feuerwehr, es gibt viele unbeantwortete Fragen beim Kläranlagenumbau und drohende gewaltige Gebührenerhöhungen. Denkkzettel sind notwendig.

INFOS



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe



Die Stadt gehört ihren Einwohnern

Das Wahlprogramm der DKP/LL steht unter dem Motto: „Die Stadt gehört ihren Einwohnern“. Damit wird klargemacht, dass dem Ausverkauf der Stadt an „Investoren“ und der Ausrichtung der Stadtpolitik an den Interessen der Großunternehmen, wie Fraport, Aldi und anderen, Widerstand entgegengesetzt werden soll.

Weitere Programmpunkte sind:

- Soziales erhalten und ausbauen
- Keine Gebührenerhöhungen
- Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums
- Wohnen ist ein Grundrecht
- Gesundheit ist keine Ware - Ärzteversorgung sichern
- Ausbildungsplätze schaffen
- Entschieden für den Schutz unserer Umwelt

um nur die wichtigsten zu nennen.

Das gesamte Programm ist im Internet unter

www.dkp-mw.de

www.dkp-ll.de/wahlprogramm

zu finden.

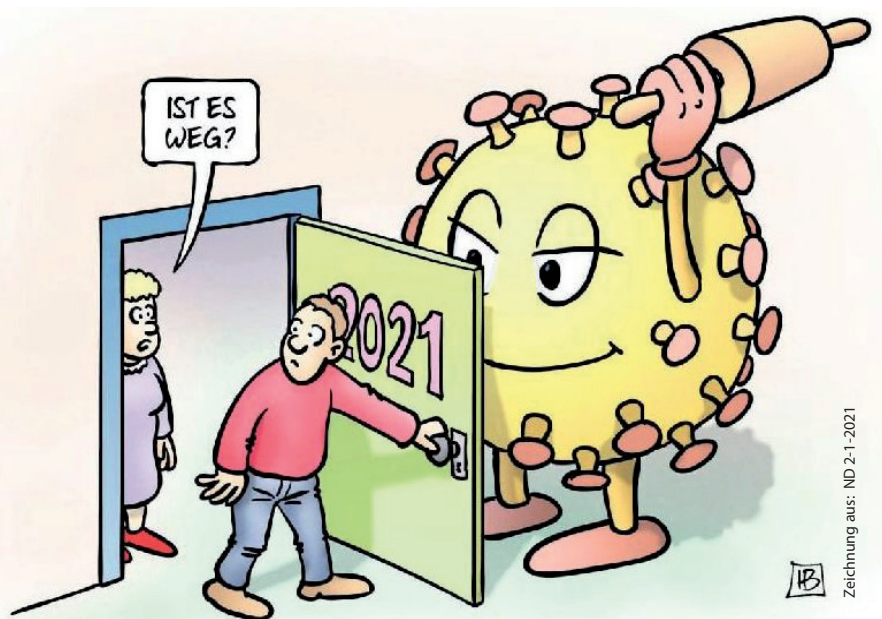
Die DKP/LL ruft die Bevölkerung auf, im März 2021 dieser klaren Alternative ihre Stimme zu geben.

Wählt DKP/ Linke Liste

**Damit
Sozialpolitik
groß
geschrieben
wird!**

DKP 
LINKE LISTE

Aktienkurse steigen mit den Todeszahlen



Am 28. Dezember 2020 erreichte der deutsche Aktienindex DAX einen neuen Allzeit-Rekordwert. Getreu dem alten Börsenmotto: „Kaufen, wenn die Kanonen donnern!“ laufen die Geschäfte prächtig. Der enthemmte Neoliberalismus lässt an den deutschen Finanzmärkten die Krise hinter sich auf Kosten von hunderten Menschenleben. Statt eines konsequenten europaweiten Lockdowns, wie ihn Wissenschaftler/innen forderten, werden in den Betrieben weiterhin u.a. nichtlebensnotwendige Waren produziert und hohe Profite damit erzielt. Die Krisengewinner reiben sich die Hände und die Aktionäre schließen auf sie ihre Wetten ab, während immer mehr Menschen um Gesundheit und Zukunft bangen.

Die Barbarei des real existierenden Kapitalismus wird auch sichtbar an den vollen Skipisten in Österreich, am Pflegenotstand und Arbeitsquarantäne im Gesundheitswesen, an den fehlenden Produktionskapazitäten für Impfstoffe oder fehlenden Testkapazitäten.

Hinter all diesen Problemen steckt immer wieder die Frage, wie viele Tote sich der kapitalistische Staat leisten will und kann.

Zwischen Wirtschaftsinteressen auf der einen Seite und den Zahlen von Intensivpatienten und Toten auf der

anderen. Sind letztere zu hoch, werden die Maßnahmen wieder angezogen – aber immer nur soweit, wie es die Profite der Konzerne vertragen.

Linke und Gewerkschaften wehren sich richtigerweise gegen Einschränkungen demokratischer Rechte in der Pandemie und die bereits angekündigte Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen.

Wichtig ist jedoch auch: Menschenleben und Gesundheit kann man jedoch nicht jenen überlassen, die sich auch in der Krise immer nur an Kapitalinteressen orientieren. Die Zahlen aus den USA zeigen dabei deutlich: Die Reichen können sich schützen, die Pandemie trifft vor allem die Arbeiterklasse.

Wir sollen uns nicht an das Sterben für das System gewöhnen. An die toten Geflüchteten im Mittelmeer und in Nordafrika, an die globalen Opfer der Erderwärmung, an die durch unsere Rüstungsexporte getöteten Menschen, an die Corona-Toten.

Wir müssen wach bleiben und dürfen nicht resignieren.

Wenn im März bei der Kommunalwahl eine linke Opposition gestärkt hervorgeht ist das gut für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die mit Sorgen aber wach die gesellschaftlichen Entwicklungen beobachten.

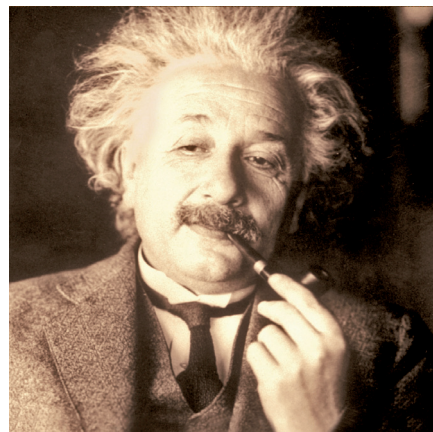
Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unserer mit Nachsicht
Bertolt Brecht

Wir trauern um unsere Krankenhäuser, die im vergangenen Jahr für immer geschlossen wurden:

Baden-Württemberg: Krankenhaus Riedlingen, Krankenhaus 14 Nothelfer in Weingarten, St. Hedwig-Klinik in Mannheim. **Bayern:** Kreiskrankenhaus Parsberg, Krankenhaus Waldsassen, Krankenhaus Vohenstrauß, Schön-Klinik in Nürnberg-Fürth. **Brandenburg:** Weckebach-Klinikum in Wedel, Diakonissen-Krankenhaus in Lehnin. **Nordrhein-Westfalen:** St. Franziskus-Hospital in Winterberg, St. Josefs-Hospital in Bochum-Linden, Marienhospital in Essen-Altenessen, Alexianer-Krankenhaus in Tönisvorst, St. Vinzenz-Krankenhaus in Essen-Stoppenberg. **Rheinland-Pfalz:** Loreley-Kliniken in St. Goar und Oberwesel, Krankenhaus in Ingelheim. **Saarland:** Marienhauskliniken in Ottweiler und Losheim. **Sachsen:** Bergarbeiter-Krankenhaus in Schneeberg. **Sachsen-Anhalt:** KMG Klinikum Havelberg. **Schleswig-Holstein:** Regio-Klinik in Wedel.

Belegschaften und Bevölkerung haben den Kampf gegen Größenwahn und Gewinnsucht verloren. Wir werden diese Krankenhäuser in lebendiger Erinnerung behalten.

Kondolenzadresse: Gemeingut in BürgerInnenhand, Weidenweg 37, 10249 Berlin, URL: www.gemeingut.org



Diese Anzeige fanden wir zum Jahrebeginn in der „Frankfurter Rundschau“.

Gesundheit darf keine Ware sein

Wir schrieben oft darüber in dieser Zeitung. (z.B. „blickpunkt“ 584).

Nachzulesen unter: www.dkp-mw.de. Wir berichteten über die Bertelsmann-Studie, einen „marktradikalen Angriff auf die Krankenhäuser“.

Auch in Groß-Gerau führt man seit Jahren einen großen Kampf, um die Kreisklinik zu erhalten.

Die Bertelsmann-Studie fordert: Von knapp 1400 bestehenden Krankenhäusern, sollten „deutlich unter 600“ übrig bleiben. Das ist ein gezielter Angriff im Interesse der großen „Gesundheits-Konzerne“. Der Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung ist ein Anschlag auf die Menschen in den ländlichen Regionen. Er gefährdet die Gesundheit der Menschen, zerstört das demokratische Gemeinwesen und er hätte – voll verwirklicht – Deutschland eine absolute Führungsposition in der Corona-Statistik garantiert!

Wir meinen: Gesundheit ist keine Ware. Ständige Privatisierungen im Gesundheitswesen sind ein Irrweg. Wir brauchen hingegen deutlich mehr Krankenhäuser in öffentlicher Hand. Dass Pflegenotstand herrscht ist mittlerweile bekannt. Katastrophaler Personalmangel wird jetzt sogar

zugegeben. Der Kern des Übels ist das System der 1993 eingeführten Fallpauschalen. Seit damals wird nicht mehr gefragt: „Welche Behandlung braucht der Patient?“ sondern „Welche Erlöse bringt der Patient?“ Seit damals bekommt das Krankenhaus die Pauschale, die für einen Eingriff zwischen Kassen und Krankenhäusern vereinbart ist. Es lohnt sich damit, Behandlungen durchzuführen, die hohe Pauschalen bringen. Es lohnt sich, das Personal auszudünnen und damit Kosten zu sparen. Es lohnt sich für Investoren, Krankenhäuser zu betreiben. So wurde eine Privatisierungswelle losgetreten, die von der Politik auf allen Ebenen vorangetrieben wird. Die Pandemie muss jetzt als Gelegenheit genutzt werden, das Gesundheitssystem gesünder zu machen. Man darf mit dieser Kur aber nicht bis zum Ende der Seuche warten, sondern muss mit dem Kampf jetzt anfangen. Jetzt: Massive Personalaufstockung und höhere Bezahlung in der Pflege und in den Gesundheitsämtern. Die Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Das System der Fallpauschalen muss beendet werden. Der Mensch muss im Vordergrund stehen, nicht der Profit.

Warum Sozialismus?

„Die Produktion ist für den Profit da - nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, dass all jene, die zu arbeiten fähig und bereit sind, immer Arbeit finden können. Es gibt fast immer ein „Heer von Arbeitslosen“. Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seinen Job zu verlieren. (...) Technologischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Last der Arbeit für alle.

Das Gewinnmotiv ist in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten für Instabilität (...) verantwortlich. (...) Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zur Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen (...). Diese Lähmung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen. Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese Übellos zu werden, nämlich die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant.“

Albert Einstein, „Warum Sozialismus“, Monthly Review, 1949

Wir haben in den letzten
Monaten viele Spenden
erhalten.

DANKE!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419

„Wenn der Mensch von den Umständen
geprägt wird,
so muß man die Umstände
menschlich bilden.“

Friedrich Engels 1820-1895